

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Ziegelstein. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto Dresden 1530
Groszstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 245.

Freitag, 19. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 20. bis 26. Oktober, 500 Millionen M., einzeln. Für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Heftenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Angebotskassensatz. Keine Rückzahlung. Der jeweils zur Berechnung gelangende Betrag ist durch die Redaktion zu bestätigen. — Im Falle höherer Gewalt — durch Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa. Schließjahr: 2 Millionen.

Die Ablehnung der deutschen Vorschläge.

Das Ministerium Stresemann hat einen abermaligen Versuch gemacht, mit der französischen Regierung in Verhandlungen wegen Regelung der Reparationen zu treten und hat eine abermalige Ablehnung erfahren. Poincaré hat dem deutschen Geschäftsträger in Paris Herrn Böck auf seine Darlegungen über die Möglichkeit einer Wiederaufrichtung von Arbeit und Produktion im Ruhrgebiet kategorisch erklärt, daß ihm die von der deutschen Regierung getroffenen Maßnahmen nichts kümmern, daß es Sachlieferungen fordere und daß ihm die deutsche Erklärung über die Unmöglichkeit der Finanzierung der Kohlenlieferungen nichts angehe. — Er müsse sie im Gegenteil als ein Element des Widerstandes betrachten. Auf welche Weise die deutsche Regierung der Kohlenlieferung für die Reparationslieferung beschaffen, sei ihm völlig gleichgültig. Er werde die Reparationskommission deutscher Vorschläge durch die Reparationskommission solange nicht zulassen, als nicht der deutsche Widerstand restlos aufgegeben sei.

Poincaré verfolgt also weiter seine alte Politik an Deutschland, unumgängliche Forderungen zu stellen, alle Forderungen und guten Willen Deutschlands nicht anzuerkennen und durch systematische Zerrüttung Deutschlands das Reich dem Chaos entgegenzuführen. Poincaré weiß so gut wie alle Welt, daß sein Einbruch in das Ruhrgebiet den Zusammenbruch der deutschen Währung und damit eine Bannung des ganzen deutschen Erwerbslebens herbeiführt hat, daß Deutschland vor allgemeiner Arbeitslosigkeit steht und seine Exportfähigkeit herabgesunken ist, und daß seine Finanzen sich in denkbar trostloser Lage befinden; aber er beharrt von alledem offiziell nichts zu wissen und an das Deutschland von 1923 weiterhin Forderungen zu stellen, die selbst das Deutschland von 1914 nicht hätte erfüllen können. Er überträgt die Aufgabe des passiven Widerstandes und alle Verhandlungsversuche des Kabinetts Stresemann und beschuldigt Deutschland weiter in böswilliger Weise, Frankreich die Zahlungen zu verweigern, und so Frankreich zum Kampfe um sein Recht zu nötigen. Glaubt er mit dieser, selbst in der französischen Geschichte einzig dastehenden Deuselei auch in den Pariser Blättern nicht mehr, die ihm vielmehr offen rufen, nunmehr seine Karten aufzugeben und bei der heutigen günstigen Lage Frankreichs Rheinland und Ruhrgebiet, als einzigen Zweck der Ruhrpolitik, als französische Beute einzusehen. Da Poincaré aber in der Macht ist und wir ihm nur staaten- und militärische Dummheit entgegenstellen können, so wird er auch vorläufig den Erfolg auf seiner Seite haben.

Die deutsche Regierung kann noch den Versuch machen, eine Note an die Reparationskommission zu richten, muß aber gewärtig sein, daß diese nicht einmal verhandelt wird und daß sie jedenfalls ebensowenig eine Antwort erhält, wie unsere noch bis heute unbeantwortete Note vom 7. Juni. Durch die Ablehnung Poincarés wird zunächst in Rheinland und Ruhrgebiet das Chaos herbeigerufen, da die Forderungen das Geld nicht haben, um die Bergarbeiter zu bezahlen und somit fünf- bis sechshunderttausend Bergarbeiter der Arbeitslosigkeit anheimfallen. Poincaré hofft, daß aus diesen Wirren die erlebte rheinische Republik entsteht, die man dann wohlgefällig als den freien Willen des deutschen Volkes unter die französische Fuchtel zu nehmen gedenkt.

Die Karte kann aber auch umschlagen. Poincaré hat das rheinische Volk in Besonderen und das deutsche im Ganzen in eine Lage gebracht, in der es nichts mehr zu verlieren hat. Das Ruhrgebiet hat für Frankreich nur Wert mit einer lebensfähigen, nicht aber mit einer ruinierteren Industrie. Mit einer arbeitswilligen Bevölkerung, nicht aber mit einer haherfüllten, der Erwerbslosigkeit und dem Hunger preisgegebenen Arbeiterschaft. Wenn Poincaré denkt, daß wir in einem Gebiete, in dem er uns alle Rechte genommen hat, und in dem wir eigentlich nichts mehr zu sagen haben, Ordnung schaffen und mit dem deutschen Gewerbe, die durch die französische Besetzung gelähmten Werte für französische Zwecke wieder in Gang setzen, so wird er sich irren. Auch wenn es Poincaré gelingt, das Ministerium Stresemann zu stürzen, wird sich doch kein anderes finden, das die Abtretung deutscher Landestteile mit seiner Unterschrift gutheißt, und überdies noch auf den Kampf des Reiches die ungeheuren Reparationslasten übernimmt. Poincaré hat die öffentliche Meinung Frankreichs für sich, solange er an der Vernichtung Deutschlands arbeitet, aber neben dem nationalen Wochenschrift der Industrie und Steuerverzahler, die aus dem Ruhrabenteurer einen schätzbaren Gewinn haben wollen und Herrn Poincaré sehr hörbar zu Rufe rufen. Auch die anderen Alliierten, insbesondere Belgien, werden es auf die Dauer nicht ansehen können, daß durch den Starrsinn und die Vernichtungstriebe eines Mannes jede Hoffnung auf Reparation für die anderen Mächte entwindet.

Die Lage in den von den Franzosen besetzten Gebieten ist trostlos und drängt zu Umdrehen der gesamten Arbeiterbewegung. Bisher hat die Disziplin der deutschen Arbeiterklasse Unruhen größerer Art verhindert. Aber für eine zur Verwirklichung gebrachte Arbeiterbewegung werden die bisher gezogenen Tämme nicht mehr vorzuziehen sein.

sein. Poincaré streut eine Saat von Blut und Elend, die auch für Frankreich nur Verderben und Revolution hervorbringen kann.

Die Beratung der Reparationskommission.
Der Reichskommissar war gestern abend zur weiteren Beratung über außen- und innerpolitische Fragen zusammengetreten und hat nach mehrstündigen Beratungen die Fortsetzung der Audienz auf heute vormittag verschoben. In der gestrigen Kammerberatung ist gefordert worden, diese möglichst bis zur Beischlußfassung fortzuführen. Die Probleme, die dem Reichskommissar vorliegen, zerfallen in drei Gruppen. Außenpolitisch steht das Ergebnis der Unterredung des Deutschen Geschäftsträgers Böck mit Poincaré zur Erörterung.

Die Pariser Presse zu Poincarés Hartnäckigkeit.
Paris, 18. Oktober. Die Unterredung des deutschen Geschäftsträgers mit Poincaré wird in der Morgenpresse nach Feststellungen einiger Blätter in der Weise wiedergegeben, wie sie am Quai d'Orsay den Journalisten geschildert wurde. Der größte Teil der Presse, voran der „Petit Parisien“, spricht von einer Ablehnung der deutschen Anregung. Das halbamtliche Blatt schreibt: Man wird aus diesem Anlaß in Berlin von dem angeblich schlechten Willen der französischen Regierung und von ihrer sogenannten Hartnäckigkeit sprechen, welche nicht gestattet, daß der passive Widerstand effektiv ein Ende erreicht. Deshalb muß man noch einmal wiederholen, daß das Ende des Widerstandes erst als vollkommen angesehen werden kann, wenn über eine so wesentliche Frage, wie die der Sachlieferungen, eine Einigung in Berlin oder Düsseldorf erzielt worden ist, genau wie für die Eisenbahner die französisch-belgischen Bedingungen anzunehmen sind. „Devoir“ schreibt, wenn Poincaré sage, Frankreich habe Zeit, dann müsse man bemerken, daß das weder die Ansicht der Geschädigten im ebemaligen Kampfgebiet noch die Ansicht der französischen Verbündeten ist, die mit Schreden die bolschewistische Revolution in Deutschland aufsteigen sehen.

„Ere Nouvelle“ sagt, Poincaré habe sich nicht überzeugen lassen. Er halte seine Ziele aufrecht, welche laute: Keine Einmischung von Berlin in dem besetzten Gebiet. „Quotidien“ erklärt, der Quai d'Orsay wolle offenbar erzielen, daß man an diese feste Grundlage des Ministerpräsidenten glaube, weil er beabsichtige, einen neuen moralischen Sieg davon zu tragen. Das Blatt fragt, ob gestern die richtige Stunde gewesen sei, diese vorgerichtete Forderung zu stellen, denn England, seine Dominionen und selbst Belgien ließen große Erregung, der letzten Woche ein Ende zu bereiten und einen so lehrhaften Wunsch, zu verhandeln. Haben wir, so fragt das Blatt zum Schluß, so viele Freunde, daß wir in dem Kampf nach einer Gloriole und dem entgegenstehenden dürfen, die uns noch übrig bleiben?

Richtlinien für die Wiedereinstellung der Eisenbahner.
Von französischen Bahnhofskommandanten in Wanne sind folgende Richtlinien für die Wiedereinstellung der Eisenbahner ausgegeben worden, die aller Wahrscheinlichkeit nach auch Geltung für das ganze besetzte Gebiet haben. Bei Übernahme von Bediensteten in den Betrieb der Regie verpflichtet sich diese, die Eisenbahner nach Frankreich zu bezahlen; Auszahlung erfolgt jedoch in Papiermark. Die Bezahlung soll nicht höher sein, als diejenige im unbesetzten Gebiet. Den in die Regie eingestellten Eisenbahner soll das Reich die Bezüge bis 27. Oktober weiter zahlen. Ausgewiesene, gegen deren Wiedereinstellung keine grundsätzlichen Bedenken bestehen, können nach Prüfung jedes einzelnen Falles wieder eingestellt werden. Die Wiedereinstellung von Inhabern wird abhängig gemacht von der Stellungnahme der französischen Militärbehörde. Es wird jedenfalls von Fall zu Fall entschieden, ob inhaftierte Beweise eingestellt werden oder nicht. Dem Personal sollen die deutschen Forderungen in sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Beziehung geteilt werden. Für die Durchführung der Beamten- und Arbeiterpensionen soll das Reich einen noch feststehenden Grundstock an die Regie abführen. Höhere Beamte werden nicht wieder eingestellt. Sämtliche leitenden Stellen sollen durch Franzosen besetzt werden. Dienstleiter werden nach vorheriger Prüfung wieder eingestellt. Es wird ein starker Personalabbau vorgenommen, die Regie glaubt mit der Hälfte des bisherigen Personals auskommen zu können. Der Umfang der Regiebahnen soll an verschiedenen Stellen eine Abänderung erfahren, die bisher noch unbesetzten Bahnen werden in die Regie noch mit einbezogen. Die Regie verlangt volle Wiedereinstellung des Eisenbahnerbesatzes und Aufstellung des Wagen- und Lokomotivbestandes nach dem Stande vom 10. Januar 1923. Die Kosten soll das Reich bezahlen.

Aufnahme der Arbeit durch die Eisenbahner.
Die „Agence Havas“ meldet aus Düsseldorf, sei gestern hätten sich bei der französisch-belgischen Eisenbahnerregie Tausende von Eisenbahner für die Aufnahme der Arbeit gemeldet, so z. B. in Essen 10.000, in Ratingen 8800, in Ludwigshafen 2000, in Trier 15.000, in Tübingen 15.500. Die „Agence Havas“ schließt daraus, daß man jetzt den passiven Widerstand der Eisenbahner als abbrochen ansehen kann.

Die Reichsregierung und Sachsen.

Wie zu dem Konflikt in Sachsen gemeldet wird, ist der Schritt des Generals Müller bei der sächsischen Regierung im Einklang mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister erfolgt.

Reichsmassnahmen gegen Sachsen.
Wettern nachmittags trat das Reichskabinett zusammen um zu den Vorgängen in Sachsen Stellung zu nehmen. Da der Brief des Generalleutnants Müller an Dr. Reigener im Einklang mit der Reichsregierung erfolgte und Dr. Reigener innerhalb der geforderten Frist diesen Brief nicht beantwortete, ist nunmehr für das Reichskabinett der Augenblick gekommen, weitere Maßnahmen gegen die sächsische Regierung vorzubereiten. Um eine Verständigung zu erzielen, sind die sozialdemokratischen Parteiführer Hermann Müller und Otto Wels auch vom Reichspräsidenten empfangen worden.

Dr. Reigener antwortet nicht.
Das Wehrkreiskommando IV teilt mit: Der Ministerpräsident Dr. Reigener hat auf das am 17. d. M. an ihn gerichtete Schreiben des Befehlshabers des Wehrkreiskommandos IV, in dem um eine unabweisende Stellungnahme des sächsischen Gemeindeführers zu den Ausführungen des Ministers Wötcher, die dieser am 13. Oktober in Leipzig gehalten hat, ersucht wurde, innerhalb der erbetenen Frist keine Antwort erteilt. Der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos IV hat darauf am 18. Oktober mittags an den Ministerpräsidenten Dr. Reigener nach folgendem Schreiben geschrieben:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!
Da Sie es für gut gefunden haben, mein Schreiben vom 17. Oktober nicht zu beantworten, teile ich Ihnen hierdurch mit, daß ich die Angelegenheit um weiteren Erledigung dem Reichswehrminister unterbreitet habe. Mit vorzüglicher Hochachtung
Gen. Müller, Generalleutnant

Der Reichswehrminister verbietet die proletarischen Hundertschafften.

Die Antwort des Reichswehrministers auf die Bitte des Generals Müller um weitere Anweisungen ist umgehend erfolgt. Wenn auch über den Wortlaut Schwierigkeiten gewahrt wird, so darf doch so viel gesagt werden, daß es bei den von der Reichsregierung gegebenen Anweisungen bleibt. Der Reichswehrminister soll angeordnet haben, daß die Aufhebung der proletarischen Hundertschafften in Sachsen sofort durchzuführen ist. Die Aktion, die gleichzeitig mit einer Beschlagnahme etwa vorhandener Waffen Hand in Hand gehen dürfte, soll durch die sächsische Polizei durchgeführt werden; erst wenn dieser Widerstand geleistet würde, wäre Reichswehr einzusetzen.

In den Enthüllungen des sächsischen Ministerpräsidenten in der gestrigen Landtagskammer schreibt die „Voss. Ztg.“, das beweise, daß der sächsische Ministerpräsident sich nicht scheue, Reichsinteressen zu gefährden, was in der Landespolitik zu triumphiere. Ein solches Verhalten stehe in Widerspruch zu der programmatischen Ankündigung der sächsischen Regierung, sie werde für die Einheit des Reichs bis zum äußersten kämpfen. Diese Einheit kann nur erhalten werden, wenn die extremen Richtungen auf beiden Flügeln sich bequemen, Opfer zu bringen.

Sächsischer Landtag.

Ill. Dresden, 18. Oktober 1923.
In der heutigen Sitzung fand die Aussprache über eine ganze Reihe von Anträgen und Anfragen statt, die von allen Parteien zur innerpolitischen Lage gestellt worden sind. Die Anträge wegen der Hundertschafften wurden in kurzer

Die enormen Verluste der deutschen Zeitungen in dieser Woche.

haben zu der Notwendigkeit geführt, die Bezugspreise sofort den tatsächlichen Kosten anzupassen. Die Bezugspreise dieser Woche haben bei weitem nicht einmal die Papierkosten gedeckt. Die Verluste der Zeitungen wurden so gewaltig, weil bei der Preissteigerung die Entwicklung im Laufe der Woche nicht voraussagen werden konnte. Eine derartige Wirrwarr hätte in kurzer Frist zum völligen Ruin der deutschen Presse führen. Niemand kann sich dabei auch der Auswirkung der notwendigen enormen Lohn- und Gehaltssteigerungen entziehen. Die Indexerhöhung macht gegen die Vorwoche eine Steigerung von 54 Prozent aus. Die ganze deutsche Presse wird daher ihre Preise um das Vielfache erhöhen, um weiterzuleben zu können.
Verlag des „Rieser Tageblattes“.

Das „Rieser Tageblatt“ kostet für die Woche vom Sonntag, den 20. Oktober, bis Freitag, den 26. Oktober 1923, 550 Millionen Mark einschließlich Zustellgebühr. Wir bitten unsere Bezugsnehmer, das Bezugsgeld rechtzeitig (ab Sonnabend) bereit zu halten, damit unseren Zeitungsabnehmern das Geschäft des Eintreffens erleichtert wird. Die Bezugsnehmer, die am Sonntag, den 20. Oktober (1. Tag der neuen Bezugswoche), die Zeitung entgegennehmen, bekunden dadurch ihr Einverständnis mit der Weiterlieferung und sind zur Weiterzahlung verpflichtet, falls sie nicht die zugesandte Zeitung dem zum Kassieren des Bezugspreises später vorstehenden Zeitungsboten zurückgeben.

Debatte erledigt. Die Sozialdemokraten und besonders die Kommunisten traten für die proletarischen Hunderttausenden ein, während die bürgerlichen Parteien ihrer Verungung über deren erblich erfolglos Verbot Ausdruck verliehen.

Die Reichswehr wurde aufgewickelt, als dann die Reichswehrfragen zur Sprache kamen. Abg. Dr. Schuler (Dem.) legte dem Ministerpräsidenten, daß nicht ein Wort über die Reichswehr gegen ihn, sondern ein solches seinerseits gegen den Reichswehrminister vorliege. Die geistige Anordnung des Generals Müller sei übrigens auf Befehl der Reichsregierung ergangen.

Ministerpräsident Dr. Seigler bekräftigt, davon Kenntnis zu haben und erklärte, er werde das Material, das ihm zum Kampfe gegen den Reichswehrminister veranlaßt habe, in dieser kritischen Stunde nicht vordebatlos preisgeben, aber schweigen könne er nicht. Das Reich habe eine schwarze Armee, Kings um Berlin seien im September und Oktober Erhebungen der schwarzen Organisationen im Gange gewesen, aber von der Polizei unterdrückt worden.

Der Redner der Deutschnationalen, Abg. Dr. Deutler, erklärte unter dem Loben der Linken, die Mittelungen Seigers seien offener Landesverrat. Er behaupte, daß die Reichsregierung noch nicht Mittel und Wege gefunden habe, gegen diesen Landesverrat vorzugehen.

Abg. Dr. Kaiser (Dp.) brachte sein Bedauern über die Ausführungen des Ministerpräsidenten zum Ausdruck, durch die die ersten Anzeichen des Wiedererwachens Deutschlands den Feinden preisgegeben würden. Die Entwicklung werde Herr Seigler nicht aufhalten können, wenn er auch noch so sehr gegen die Reichswehr ankämpfe.

Die weiteren Verhandlungen über Waffen und Waffenteile, Lebensmittellieferungen und Blaudruckungen boten weniger Interesse, da sowohl die Tatsachen selbst, als die Stellungnahme der Regierung zu ihnen, die Innenminister Gleimann nochmals langatmig darlegte, allgemein bekannt sind.

Wegen 1/2 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen. Die noch unerledigten Beamtensachen sollen am Freitag vormittag 1/10 Uhr behandelt werden.

Bayern und Sachsen.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Auf die Mitteilung der sächsischen Regierung über die Entlassung des sächsischen Geschäftsträgers v. Dierndorff aus dem sächsischen Staatsdienst, in der zugleich weitere Nachrichten wegen der Wiederbestellung der sächsischen Gesandtschaft in München in Aussicht gestellt waren, hat das Staatsministerium des Reichs dem sächsischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten beantwortet, die bayerische Regierung sei, solange die kommunikativen Verbindungen bestehen, nicht in der Lage, einen neuen sächsischen Gesandten oder Geschäftsträger zu empfangen. Zugleich hat die bayerische Regierung in Verfolg ihrer Stellungnahme dem bayerischen Gesandten bei der sächsischen Regierung Dr. von Preger abberufen.

Die Pfalz in Gefahr.

Unter der Überschrift 'Die Pfalz in Gefahr' bringt die 'Münchener Post' eine Auslassung über die geradezu trostlosen Verhältnisse, die in der Pfalz herrschen. Danach kostet Fleisch bereits 200000000 M. das Qd.; Kartoffeln werden von den Erzeugern nur abgeben, wenn für den

Reiner 1/2 Dollar bezahlt werden. Infolge des Verbotes der Franzosen, Notgeld auszugeben, ist die Zahlungsmittelnot in Ludwigshafen steigend. Die Separatisten halten ihre Zeit für gekommen. Sie haben in Ludwigshafen ein Blatt angeschlagen, in dem mitgeteilt wird, daß am Sonntag von dort aus die Aktion zur Ausrufung einer freien Pfalz einsetzt wird. Am Sonntag wurde die Polizei in Neustadt a. D. am Montag in Zweibrücken und am Dienstag in Ludwigshafen entlassen. Die Separatisten dagegen sind schwer bewaffnet. Die reichstrous Bevölkerung ist schulplos, aber nicht gewillt, sich den Befehlen der Franzosen zu fügen.

Neue Verhandlungen Stinnes mit Degoutte.

Während der deutsche Geschäftsträger in Paris mit General Degoutte sprach, verhandelte in Düsseldorf Hugo Stinnes mit General Degoutte. Die französischen Zeitungen berichten darüber folgende Einzelheiten: Stinnes war von den Herren Klüver und Bögeler begleitet. Die drei Industriellen wollten den Leiter der 'Rhein', Ingenieur Franke, sprechen. Da Franke zuerst in Paris ist, wurden sie von seinem Vertreter Nevejas empfangen. Hugo Stinnes begann die Unterhaltungen mit der Erwähnung des Kanalarbites, in dem Stinnes die Zahlung der Lieferung ablehnt. Der Vertreter der Ingenieurkommission sagte hierauf Herrn Stinnes, daß die Kommission mit 75 Prozent der Sechsenbiller Vereinbarungen getroffen habe, in denen die Industriellen sich verpflichten, den letzten Teil ihrer Produktion auf Reparationskonto zu liefern. Sei Herr Stinnes dazu bereit, für die von ihm abhängigen Werke die gleichen Verpflichtungen zu übernehmen? Stinnes antwortete: Nein. Solange das Reich keine Zahlungen leistet, können wir nicht liefern. Danach hätte eigentlich die Unterredung zu Ende sein müssen. Sie dauerte aber noch zwei Stunden. Der Standpunkt der Alliierten ist, daß die Sechsenbiller die Kohle mit 100 Franc für die Tonne verkaufen können; daß wäre der Preis für englische Kohle. Da die Förderung des Herrn Stinnes und seiner Freunde auf etwa 75 Franc für die Tonne zu stehen komme, sei es möglich, ein Rehnat der Produktion der Reparation umsonst zu liefern. Stinnes ist der Meinung, daß diese Art der Berechnung unzulässig sei. Die Kalkulation dürfe nicht nach dem Preis der englischen Kohle in England und Deutschland. Sonst können die Industriellen nicht auf ihre Rechnung kommen. Dieser Standpunkt wird von der interalliierten Kommission nicht bearbeitet. Eine Einigung war nicht zu erreichen.

Die Teuerungsunruhen im Reich.

In Berlin, Weßern kam es im Norden und Osten von Berlin aus Anlaß der Teuerung erneut zu Ausschreitungen. Trupps von halbwildigen Burchen erzwangen in vier Lebensmittelgeschäften die kostenfreie Verabfolgung von Waren; einzelne von ihnen konnten von der Schutzpolizei festgenommen werden. Vor zwei anderen Läden traf die Polizei ein, ehe es zu Plünderungen kam. Ein Jung von 100 demonstrierenden Frauen und eine Ansammlung von sächsischen Händlern-Empfängern, die Brot verlangten, wurden von der Polizei mühelos zerstreut. — Weßern abend wurden in Ahrenfeld, Steinhilberfeld mehrere Wädeläden ausgeplündert. Es droht die Gefahr der Einstellung der Brotverforgung.

In Laune. Bei den gestrigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei wurden Lebens- und Lebensmittelhandlungen von der Waffe gezwungen. Waren unentgeltlich abgegeben. Die Plauerer Wädel haben das Polizeiamt wissen lassen, daß sie gezwungen sein würden, die Beschaffung von Waren einzustellen, falls ihnen nicht größerer polizeilicher Schutz gewährt würde.

In Wahren bei m. Bei den vorgestrigen Teuerungsunruhen wurde sechs Leidekoffer zu verlagern. Nach der Mitteilung des Sächsischen Krankenhauses sind 16 teils Schwere, teils Leichtverwundete eingeliefert worden, wovon jedoch inzwischen einige wieder entlassen sind.

Infolge der Unruhen der letzten Tage hat der badische Innenminister über Mannheim den Ausnahmezustand verhängt.

In München. Am Laufe des Mittwoch-Nachmittags und abends fanden auf dem Münchner Viktualienmarkt und vor verschiedenen Metzgerläden Ansammlungen statt. Verhite-

dena Metzger hatten die neuen Verkaufspreise entsprechend den am Vormittag gesetzten Forderungen der Goldmarkt angesehen und in ihren Läden angeschrieben, was Kaufern und Vorübergehenden zu erregten Reaktionen Anlaß gab. Infolge der immer größer werdenden Ansammlungen zogen es die Metzger vor, die Läden zu schließen. Derbelegene Polizeiuniformen wirkten beruhigend auf die Menge ein, die sich hierauf wieder langsam zerstreute. Auch in anderen Stadtgegenden kam es infolge der ungeheurer geschwungenen Preiskrise zu Krawallen.

Bei den Erwerbslosen-Unruhen in Reubach (Pfalz) wurden 18 Personen verletzt, davon ist eine gestorben. General de Weiz ordnete wegen der Unruhen Sperrung des Straßenverkehrs an und erließ ein Verbot von Versammlungen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Staatskommissar Meyer in Berlin. Im Benehmen mit dem Militärbefehlshaber hat sich der Regierungskommissar beim Bezirkskommando, Herr Meyer, am 18. Oktober nach Berlin begeben, um in persönlicher Besprechung mit dem Reichswehrminister alle Maßnahmen zu erörtern, die geeignet sein können, die schwierige Ernährungslage der sächsischen Bevölkerung zu erleichtern. Es darf erwartet werden, daß von den in Betracht kommenden Reichs- und preussischen Regierungsstellen die Notlage anerkannt und auch von ihrer Seite alles gethan wird, um im Einvernehmen mit den sächsischen Stellen der augenblicklichen Ernährungsschwierigkeiten Herr zu werden.

Herrn Meyer und Schiebermann. Die Korrespondenz Hoffmann amtlich mitteilt, hat die Münchener Postvermittlung auf Veranlassung des Generalstaatskommissars strengste Befehle an das Postpersonal ergehen lassen, sich an der Bekämpfung des Wucher- und Spiekerums durch dauernde Überwachung des Telegraphen- und Fernsprechverkehrs teilzunehmen und namentlich auf Fälle von Wucherhandel, Warenrückhaltung, Scheinhandel, verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und wilden Handel scharf zu achten.

Lohnregelung im Kohlenbergbau. Für die Lohnwoche vom 15. bis 22. Oktober wurden die Löhne in den Kohlenbergbaubetrieben, ausgenommen Mitteldeutschland und Bayern, durch einen vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschuß festgesetzt. Danach beträgt der Durchschnittslohn einschließlich des Hausstands- und Kindergeldes im Ruhrkohlenbergbau 8 224 840 000 Mark, im ostschlesischen Steinkohlenbergbau 8 650 000 000 Mark und im sächsischen Steinkohlenbergbau 8 400 000 000 Mark je Schicht. — Ueber die Lohnregelung für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau und den bayerischen Kohlenbergbau soll am 19. Oktober verhandelt werden.

Währungsfragen über Devisenerfassung. Aus zahlreichen Mitteilungen geht hervor, daß vielfach Ausländer sich von einer Reise nach Deutschland durch die Befürchtung abschrecken lassen, daß ihnen durch den Kommissar für Devisenerfassung das mitgebrachte ausländische Geld beschlagnahmt werden könne. Diese Befürchtung ist, wie uns von ausländischer Stelle mitgeteilt wird, völlig unbegründet. Ausländer, die sich zum vorübergehenden Aufenthalt nach Deutschland begeben, laufen nicht die geringste Gefahr der Wegnahme ihrer ausländischen Devisen oder Banknoten durch den Kommissar für Devisenerfassung. — Im Auslande wird offensichtlich zur Schädigung wirtschaftlicher Interessen Deutschlands die Währungsfrage verbreitet, daß der Kommissar für Devisenerfassung alle Edelmetalle, wie Gold, Silber und Platin, mit Ausnahme von fertigen oder plattierten Waren beschlagnahmt. Diese Währungsfrage ist, wie wir von maßgebender Stelle hören, nicht zutreffend. Durch die Verordnung des Kommissars für Devisenerfassung vom 11. September 1923 ist nur die Annehmung der Edelmetalle angeordnet worden; weitere Maßnahmen sind nicht erfolgt.

Generalkommissar v. Pöfrow abberufen. Wie die 'Post', wissen will, hat die Reichsregierung beschlossen, den Bezirkskommandanten des bayerischen Reichswehrbezirks Generalkommissar v. Pöfrow abberufen. Diese Maßregel ist nicht erfolgt, weil v. Pöfrow für unzuverlässig gelte; der sozialdemokratische Reichsminister des Innern Hoffmann habe vielmehr erst gestern behauptet, daß v. Pöfrow sich bisher loyal verhalten habe. Er habe es aber nicht vermocht, sich eis

Zum Rieser Jahrmarkt. Günstige Angebote. Grosse Auswahl. In allen Abteilungen. Riedel. Eckle Goethe- und Schlitzstraße. Lohmann Nachf. Albertplatz.

Angelas Heirat. Roman von U. G. Robert. 10. Fortsetzung. Nachdruck verboten. „Ich finde die Art, wie Sie die Sache von sich weisen, richtig, mein Liebes Fräulein, aber ich kann Sie natürlich nicht zwingen, die Million anzunehmen. Doch möchte ich die Angelegenheit noch von einer anderen Seite beleuchten.“ sagte der Justizrat nach einer kurzen Pause. „Herr Erich Martens ist ganz vermögenslos. Er hat sich dem diplomatischen Beruf gewidmet und sährt sich durch fortwährenden Geldmangel überall in seinem Fortkommen gehemmt. Er hat sich bis jetzt getrotzt, weil er fest darauf rechnen durfte, der Erbe des alten Kästner zu werden, der keine anderen Verwandten hatte, als ihn. Es wird eine sürchtbare Enttäuschung für ihn sein.“ „Wag er doch das ganze Geld nehmen, wenn es für ihn so viel bedeutet.“ rief Angela impulsiv und machte eine Bewegung mit der Hand, als wolle sie den ganzen elenden Mammon fortziehen. „Ich brauche das Geld nicht, Herr Martens mag es nur nehmen, dann fällt die Entscheidung für ihn fort, und ich — nun ich werde eben genau in derselben Lage sein wie vorher auch.“ Ein Rächeln lag über das ernste Gesicht Doktor Grünings, ein Rächeln, das vor dem trostigen Leuchten in Angelas Augen aber sofort wieder verschwand. „Sie schlagen da etwas ganz Unmögliches vor.“ sprach er ruhig. „Nach dem Wortlaut von Herrn Kästners Testament gibt es nur zwei Möglichkeiten, entweder Sie und Herr Martens heiraten vor dem ersten Oktober dieses Jahres und treten dann zusammen in den Genuß des ganzen Erbes, oder Sie tun dies nicht, und das Geld fällt den Anstalten zu, die der Erbschaft für diesen Fall namhaft gemacht hat. Anders ist die Sache nicht zu machen.“ „Gut, dann sollen also die Anstalten das Geld haben, es waren ja wohl Tierquälereien oder so etwas Rehnliches. Ich brauche es nicht, und ich will es nicht. Ich habe nicht darauf gerechnet, und ich kann auch ferner ohne Reichum leben. Ich will mich der wahnwichtigen Bedingung nicht fügen!“ „Sie sind eine junge Dame von sehr raschen Entschlüssen, Fräulein Karbera.“ bemerkte der Justizrat. „aber so ist-

wie Sie meinen, läßt sich die Sache doch nicht abtun. Es ist außer Ihnen noch eine zweite Person zu berücksichtigen. Meinen Sie nicht, daß Ihr rascher Entschluß eine Grausamkeit gegen Herrn Martens bedeutet? Wenn Sie die Sache so schroff ablehnen, schädigen Sie nicht nur sich, sondern auch den jungen Mann, der sich, wie ich schon sagte, bis jetzt immer als alleinigen Erben des großen Vermögens betrachtete. Haben Sie sich das überlegt?“ Angela erbläute, ihre Augen trübten sich, ihre Lippen bebten, und der Justizrat sah, wie ihre Hände sich nervös ineinanderkrampften. „Es ist ein sehr, sehr ungerechtes und böswilliges Testament, das der alte Mann da gemacht hat.“ stieß sie hervor. „Wie ist er nur auf den abscheulichen Gedanken gekommen? Wenn er mir etwas Gutes tun wollte, warum hat er mir nicht eine ganz kleine Summe ohne Bedingung vermacht? Das hätte mir vollständig genügt, und dann hätte Herr Martens alles andere bekommen können, und wir wären beide zufrieden gewesen. Warum hat er mir diese schwere Verantwortung auferlegt?“ „Dieselbe Frage haben wir uns auch schon vorgelegt. Aber was hilft das?“ sprach der Justizrat. „Mein alter Freund Kästner war eben ein Sonderling und hatte über vieles seine ganz besonderen Ansichten. Aber es liegt nicht der geringste Grund vor, anzunehmen, er sei bei Abfassung seines Testaments unzurechnungsfähig gewesen, oder er habe sich einen schlechten Scherz machen wollen.“ „Sind Sie ganz sicher, daß man nicht nachweisen könnte, er sei bei Abfassung dieses unsinnigen Dokuments nicht ganz bei sich gewesen?“ rief das Mädchen, hastig nach dem Rettungsanker greifend. „Über der Justizrat schüttelte erst den Kopf. „Ganz sicher.“ erwiderte er. „Niemand könnte klarer und logischer denken, als Herr Kästner es damals tat. Nein, nein, damit ist nichts zu machen, er war im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte. Das kann ich jederzeit bezeugen und auch mein Partner Doktor Jansen. Und nun, hören Sie mich einmal geduldig an. Ich bin alt genug, um Ihr Vater sein zu können, und ich habe ein gut Teil Lebenserfahrung vor Ihnen voraus. Wollen Sie meinem Rat folgen?“ „Gern, solange Sie mir nicht raten, Herrn Martens zu heiraten. Denn das tue ich nicht.“ antwortete Angela, und

zum erstenmal während der Dauer der Unterredung spielte ein leichtes Rächeln um ihre Mundwinkel, wenn auch noch immer ein trauriger Zug in ihrem Gesicht lag. „Ich wünsche gar nicht, daß Sie mir irgendein aberwitziges Versprechen geben sollen, ich verlange weiter nichts von Ihnen, als daß Sie jetzt nach Hause gehen und dort über alles, was ich Ihnen gesagt habe, ruhig nachdenken; und dann möchte ich, daß Sie nach ein paar Tagen hier bei mir mit Herrn Martens zusammentreffen und die ganze Angelegenheit in Ruhe mit ihm besprechen.“ „Das kann ich nicht.“ rief Angela heftig. „Ich würde mich zu Tode schämen. Wie kann man so etwas tauschlich besprechen, als ob es eine — eine geschäftliche Abmachung wäre.“ „Es ist ja doch tatsächlich nichts anderes.“ war die Antwort, „aber wir wollen uns nicht weiter aufregen. Gehen Sie, und sobald ich mit Herrn Martens gesprochen habe, schreibe ich Ihnen wieder. Unterdessen.“ „Unterdessen.“ unterbrach ihn Angela ärgerlich, „merken Sie sich und geben Sie es auch Herrn Martens zu verstehen, daß ich niemals meine Zustimmung zu der Heirat geben werde. Ich verkaufe mich nicht, und wäre es auch für eine Million. Und ich werde es mir auch nie anders überlegen. Das ist meine Antwort ein für allemal.“ 8. Kapitel. „Gleber Herr Justizrat, die ganze Sache ist ein Wahnwitz, und ich werde mir gar nicht die Mühe geben, weiter darüber nachzudenken. Die Zumutung ist unerhört, und es ist nicht einen Augenblick daran zu denken, daß man sich ihr fügen könnte.“ Der Justizrat stieß einen leisen Seufzer aus und dachte bei sich, es sei wirklich ein bißchen viel verlangt, an einem Vormittag mit zwei so halsstarrigen Menschen zu tun zu haben wie Angela Karberg und Erich Martens. Der letztgenannte junge Herr ging mit aufgeregten Schritten im Privatbureau Doktor Grünings auf und ab. Von Zeit zu Zeit blieb er am Schreibtisch stehen und gab in kurzen aber sehr bestimmten Sätzen seiner Ansicht über Verwandte und Testamente im allgemeinen, sowie über Herrn Kästner und dessen letzten Willen im besonderen Ausdruck.

Erzöger der Reichsregierung neben dem bayerischen Minister...

Englische Kreditkredite für Deutschland. Dem Vereinigung...

Eine neue Sparmaßnahme der Reichsregierung. Im...

Das Kaiser-Kriegsblatt ist von der englischen Behörde für...

Dr. Stresemann fährt nach München. Wie der hannover...

Englischer Postbote gegen deutsche Waren. Die englische...

Die sozialistisch-kommunistischen Verhandlungen zwischen...

Derliche und Südlische.

Missa, den 10. Oktober 1923.

Maria Theresia Josefa Elzner. Es war eine...

Das „Moderne Theater“. Direktion Arthur...

Neue Anleihen des Staates. Das Gesamt...

Ein Ortsgespräch 50 Millionen Mark. Die...

Wierzige Erhöhung der Mietz...

Deutschnationale Anfragen. Der Abg...

Nach gescheitertes ausländisches Geld ab...

Der Reichswehrminister...

Der Reichswehrminister...

Der Reichswehrminister...

Der Reichswehrminister...

Daraus ist ersichtlich, daß ein Zwang zur...

Ungünstiges Erntewetter im Gebirge...

Aufbesserung der Postbeamten...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Rechnungsjahres 545 000 Millionen Mark betrug. Das...

Die Verhandlungen...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

Die Sicherheit der Rentenmark...

